



Der digitalen Binnenmarkt

Positionspapier – Mai 2016

Einleitung

Das Potenzial der digitalen Wirtschaft für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ist unbestreitbar. Durch den digitalen Wettbewerb steigern die Unternehmen ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf einem zukunftsorientierten globalen Markt. Gleichzeitig können Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) Kostensenkungen in Unternehmen und Verwaltungen bewirken, den Zugang zu neuen Märkten verbessern und Unternehmensgründungen erleichtern. Den Verbrauchern würde ein durchgängig funktionierender digitaler Markt mehr, bessere und preiswertere Dienste mit breiter gefächerten und besser zugänglichen Möglichkeiten eröffnen.

Es ist indes nicht von der Hand zu weisen, dass die Europäische Union (EU) die herausragenden Möglichkeiten der digitalen Technologien bislang nicht ausgeschöpft hat. Das liegt vor allem daran, dass der europäische Markt immer noch in einzelstaatliche Märkte zersplittert ist. Und deshalb bleiben das zusätzliche Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, neue Investitionen und Innovationen aus, die mit einem voll entwickelten digitalen Binnenmarkt einhergehen würden.

EU-Maßnahmen

In den letzten Jahren hat die EU eine stärker vernetzte und integrierte europäische digitale Wirtschaft vorangetrieben. Die Lancierung der Digitalen Agenda für Europa, einer von sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie, im Jahr 2010 verlieh der Anpassung der Binnenmarktvorschriften an die digitale Zukunft eine neue Dynamik. Die EU hat seither diverse wichtige Rechtsvorschriften angenommen, bspw. zu Roaminggebühren, zur Senkung der Kosten des Breitbandausbaus, zum elektronischen Beschaffungswesen und zu Verbraucherrechten. Zahlreiche wesentliche Legislativvorschläge stehen jedoch nach wie vor zur Erörterung im Rat der Europäischen Union an, und auf vielen Gebieten bleibt die Zersplitterung in einzelstaatliche Märkte erhalten.

Mit der Veröffentlichung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa im Mai 2015 hat die Kommission Juncker begonnen, regulierungsbedingte Barrieren zu beseitigen, um das Online-Potenzial für alle Europäer voll auszuschöpfen. Ziel der Strategie ist es, den digitalen Wandel in der Europäischen Union

voranzubringen, den Bürgern und Unternehmen digitale Chancen zu eröffnen und dadurch Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Durch 16 Maßnahmen sollen der Zugang für Verbraucher und Unternehmen zu digitalen Waren und Dienstleistungen verbessert, die richtigen Bedingungen für florierende digitale Netze und Dienste geschaffen und die bestmögliche Ausschöpfung des Wachstumspotenzials der digitalen Wirtschaft sichergestellt werden. U.a. sollen dazu der elektronische Handel erleichtert, ungerechtfertigtes Geoblocking bekämpft, das Urheberrecht modernisiert und die Mehrwertsteuer-Regelungen vereinfacht werden.

Der Standpunkt des EWSA

In seiner im Dezember 2015 verabschiedeten Stellungnahme zur „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa“ befürwortet der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) die Absicht der Kommission, die fragmentierten digitalen Strategien in einem europäischen Ansatz zusammenzuführen. Eine umfassende europäische digitale Strategie würde die EU in die Lage versetzen, das große Potenzial der Digitaltechnik bestmöglich auszuschöpfen, und ihr eine Führungsposition in der globalen digitalen Wirtschaft sichern, die inzwischen von Drittländern dominiert wird.

Dem EWSA zufolge sollte die EU ihr Handeln auf Kreativität ausrichten und sich nicht auf die reine Nutzung von Digitaltechnik beschränken. Er schlägt dazu praktische Maßnahmen vor: die Schließung der Qualifikationslücke, digitale Früherziehung, Barrierefreiheit für alle Bürger sowie angemessene öffentliche und private Investitionen in Forschung, Berufsbildung und Lehre.

Die EU sollte sich in neue technologische Entwicklungen wie die Massendatenverarbeitung (Big Data) umfassend einbringen. Die unterschiedlichen nationalen Vorschriften sollten in einem kohärenten europäischen Rahmen zusammengeführt werden, bei dem über ein intelligentes Datenverarbeitungskonzept ein Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen und Schutz der Privatsphäre bspw. im medizinischen Bereich, im Gesundheitswesen, bei Personendienstleistungen oder in der Ernährungsindustrie sichergestellt wird.

Der EWSA ist sich im Klaren darüber, dass Online-Plattformen (Suchmaschinen, soziale Medien, Wissens- und Videoportale, App-Stores usw.) Treiber der Internet-Wirtschaft sind, und würde sich daher gegen eine Einschränkung ihrer Tätigkeiten sperren. Allerdings weiß er auch, dass es hinsichtlich Verbraucherschutz, der marktbeherrschenden Stellung der Plattformen und ihrem Umgang mit den Nutzerdaten Bedenken gibt. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die in der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vorgeschlagene umfassende Analyse der Rolle der Plattformen auf dem Markt.

Aus Sicht der Verbraucher befürwortet der EWSA die Initiativen zur Sicherstellung des Zugangs für Verbraucher und Unternehmen zu digitalen Waren und Dienstleistungen in ganz Europa. Hinsichtlich Geoblocking empfiehlt der EWSA zur Zugangserleichterung die Einführung digitaler Identitäten. Ferner wäre ein effizienter Rechtsrahmen hilfreich, doch sollte vermieden werden, Geschäftsmodelle zu behindern, die auf Werbung und Marktzugang angewiesen sind.

Nach Dafürhalten des EWSA wird die Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle und der Dienste die Arbeitswelt tiefgreifend verändern. Es wird zahlreiche Risiken und Herausforderungen geben,

die sich insbesondere in den Bereichen Beschäftigungssicherheit und Arbeitsorganisation wie auch der sozialen Sicherheit stellen werden. In Anbetracht der Auswirkungen auf die Beschäftigung sollte die soziale Dimension einen weiteren tragenden Pfeiler der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa bilden.

In der Debatte über die Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt müssen die Anliegen der europäischen organisierten Zivilgesellschaft sowie der Bürger, Verbraucher, Unternehmer, Arbeitnehmer, schutzbedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden, um eine inklusivere Gesellschaft zu verwirklichen.



Weitere Informationen

Internetportal des EWSA: www.eesc.europa.eu

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN): www.eesc.europa.eu/ten

Einschlägige Stellungnahmen des EWSA

Strategie für einen digitalen Binnenmarkt: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.ten-opinions.36149>

Auswirkungen der Digitalisierung auf die Dienstleistungsbranchen und die Beschäftigung:

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.ccmi-opinions.34826>

Für eine florierende datengesteuerte Wirtschaft: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.ten-opinions.33384>

Mitgestaltung der Zukunft der Internet-Governance: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.ten-opinions.31581>

Digitale Gesellschaft:

Zugang, allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung, Instrumente für die Förderung der Gleichbehandlung:

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.ten-opinions.31224>